

Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel



Europabericht 14/2007
vom 26.07.2007

EUROPABERICHT Nr.: 14/2007

Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Geschäftsbereich Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

WESENTLICHE ERGEBNISSE DER PLENARSITZUNG VOM 09. – 12.07.2007 IN STRAßBURG

Zu den wesentlichen Ergebnissen gehört die Zustimmung des EP zur Eröffnung der Regierungskonferenz (s. bereits EB 13/07) sowie die Entschlüsse zur derzeitigen Krise im Nahen Osten und zur Verantwortung der EU gegenüber Darfur. Weiter sieht das EP die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien auf gutem Weg zum EU-Beitritt und möchte die Beziehungen zur Ukraine vertiefen. Die Länder des Euroraums forderte das EP auf, in guten Zeiten Schulden abzubauen. MdEP *Martine Roure* (SPE-F) wurde als eine der 14 Vizepräsidenten des EP zur Nachfolgerin des ausgeschiedenen MdEP *Pierre Moscovici* gewählt. Das EP hat zudem die Termine für die Plenarsitzungen für das Jahr 2008 beschlossen.

Zu den wichtigsten Ergebnissen im gesetzgeberischen Bereich zählt der Kompromiss in 1. Lesung auf der Basis des Berichts des Vorsitzenden der CSU Europagruppe, MdEP *Markus Ferber*, zur vollständigen Öffnung der EU-Postmärkte zum 1. Januar 2011. In 1. Lesung sprach sich das EP zudem für mehr Preistransparenz bei Flugtickets, für neue EU-Gesetzgebung für Lebensmittelzusatzstoffe und für die Kennzeichnung Strom sparender Bürogeräte aus. In 2. Lesung beschloss das EP ein Verbot von quecksilberhaltigen Fieberthermometern. Im Konsultationsverfahren wurde der Bericht zu den kritischen Europäischen Infrastrukturen zurück in die Ausschüsse verwiesen. In Initiativberichten forderte das EP zudem die eigentumsrechtliche Entflechtung der Netze im Strombinnenmarkt, ein modernes Arbeitsrecht für das 21. Jahrhundert sowie ein Ende der Bevorzugung des Straßen- und die Wiederbelebung des Schienenverkehrs. Das EP äußerte sich zudem kritisch zu dem Abkommen zwischen der EU und den USA über Fluggastdatensätze.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/briefing_page/8891-190-07-28-20070706BRI08890-09-07-2007-2007/default_de.htm

RAT BILLIGT UNTERZEICHNUNG DES FLUGGASTDATEN-ABKOMMENS MIT DEN USA TROTZ HEFTIGER KRITIK DES EP

Der Rat hat die Unterzeichnung des mit den USA ausgehandelten Abkommens über die Verarbeitung von Fluggastdaten (PNR) förmlich gebilligt. Das Abkommen und ein dazugehöriger Briefwechsel zwischen dem US-Heimatschutzministerium und der EU werden in Kürze im Amtsblatt veröffentlicht. Das Europäische Parlament hat eine Entschließung verabschiedet und das Abkommen scharf kritisiert. Das EP vermisst vor allem einen angemessenen Schutz personenbezogener Daten, hinreichende Rechtssicherheit und Rechtsmittelmöglichkeiten für EU-Bürger.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/07/294&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EU STELLT VON 2007-2013 FAST 4 MIO. € FÜR GRENZSCHUTZ UND MIGRATION BEREIT

Nach langen Verhandlungen hat der Rat in den letzten Wochen die einzelnen Komponenten des Finanzprogramms „Solidarität und Steuerung der Migrationsströme angenommen:

- Außengrenzenfonds (ABL L 144 v. 06.06.2007, S. 22)
- Integrationsfonds (ABL L 168 v. 26.06.2007, S. 18) mit 825 Mio. €
- Rückkehrfonds (ABL L 144 v. 06.06.2007, S. 45) mit 676 Mio. €
- Flüchtlingsfonds (ABL L 144 v. 06.06.2007, S. 1) mit 628 Mio. €.

EP: PLENARABSTIMMUNG ÜBER RICHTLINIE ZUM SICHERHEITSMANAGEMENT FÜR DIE STRAßENINFRASTRUKTUR VERTAGT

Nach der Ablehnung des Richtlinienvorschlags der Kommission zum Sicherheitsmanagement für die Straßeninfrastruktur durch den Verkehrsausschuss hat das EP-Plenum am 11.07.2007 nicht, wie erwartet, über seine Stellungnahme in erster Lesung abgestimmt. Stattdessen wurde der Vorschlag in den Verkehrsausschuss zurückverweisen.

EU UNTERSTÜTZT AFRIKANISCHE UNION BEI DER TERRORISMUSBEKÄMPFUNG

Der Rat hat eine Gemeinsame Aktion angenommen, mit der das von der Afrikanischen Union (AU) geschaffene Afrikanische Zentrum zur Untersuchung und Erforschung des Terrorismus (CAERT) unterstützt werden soll (665.00 € im Jahr 2007). Die Gemeinsame Aktion ist in ABI L185 v. 17.07.2007, S. 31 veröffentlicht.

**KOMMISSION WILL REGELN FÜR UNTERNEHMEN IN DEN BEREICHEN
GESELLSCHAFTSRECHT, RECHNUNGSLEGUNG UND ABSCHLUSSPRÜFUNG
VEREINFACHEN**

Die Kommission hat eine Mitteilung „über ein vereinfachtes Unternehmensumfeld in den Bereichen Gesellschaftsrecht, Rechnungslegung und Abschlussprüfung“ vorgelegt. Sie stellt darin tiefgreifende Einschnitte in die geltenden EU-Vorschriften zur Debatte. Nach Abschluss der Konsultation ist eine umfassende Folgenabschätzung unter Einbeziehung der abgegebenen Stellungnahmen geplant, auf deren Basis Anfang 2008 konkrete Rechtsakte vorgeschlagen werden sollen. Die Kommission erbittet Stellungnahmen bis Mitte Oktober an die Adresse:

Markt-F2@ec.europa.eu

Mitteilungstext:

http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2007/com2007_0394de01.pdf

Pressemeldung:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1087&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

In einer weiteren Konsultation bittet die Kommission um Stellungnahmen zur Einführung einer Europäischen Privatgesellschaft:

www.ec.europa.eu/internal_market/company/epc/index_en.htm

**EP MACHT WEG FÜR ÄNDERUNG DER DRITTEN UND SECHSTEN
GESELLSCHAFTSRECHTSRICHTLINIE FREI**

Unabhängig von der durch die Kommission eingeleiteten Debatte über den Fortbestand einiger gesellschaftsrechtlicher Richtlinien hat das Europäische Parlament dem Richtlinienvorschlag zur Änderung der 3. und 6. Gesellschaftsrechtsrichtlinie zugestimmt. Damit wird die Verpflichtung zur Vorlage eines schriftlichen Sachverständigenberichts an die Aktionäre bei Verschmelzungen und Spaltungen von Gesellschaften gelockert.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2007-0329+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

EUGH SCHLÄGT EINFÜHRUNG EINES BESCHLEUNIGTEN VORABENTSCHEIDUNGSVERFAHRENS FÜR DIE DRITTE SÄULE VOR

Der Europäische Gerichtshof hat vorgeschlagen, die Satzung des Gerichtshofs zu ändern. Für Vorabentscheidungsverfahren im Rahmen der 3. Säule, die gemäß Art. 35 EU-Vertrag nur in eingeschränktem Umfang möglich sind, soll, ähnlich wie bereits in der ersten Säule, ein Eilvorlageverfahren geschaffen werden. Über den Vorschlag entscheidet der Rat.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/07/st11/st11824.de07.pdf>

KOMMISSION KLAGT GEGEN ÖSTERREICH WEGEN BENACHTEILIGUNG VON PATENTANWÄLTEN AUS EU-STAATEN

Die Kommission hat beschlossen, Klage gegen Österreich vor dem Europäischen Gerichtshof zu erheben. Nach ihrer Auffassung verstoßen verschiedene in Österreich geltende Verpflichtungen für Patentanwälte aus anderen Mitgliedstaaten gegen die Dienstleistungsfreiheit nach Art. 49 EG-Vertrag.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1132&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

RAT NIMMT EU-HAUSHALT IN ERSTER LESUNG AN

Der Rat hat am 13.07.2007 den EU-Haushalt 2008 in erster Lesung verabschiedet. An Zahlungsermächtigungen (ZE) stehen danach 119,4 Mrd. € oder 3,4 % mehr als 2007 zur Verfügung, an Verpflichtungsermächtigungen (VE) 128,4 Mrd. € oder 1,4 % mehr als 2007. Die Kommission hat für 2008 121,6 bzw. 129,2 Mrd. € vorgeschlagen. Nach Lesung im Rat beträgt die Steigerungsrate des Haushalts 3,4 % bei den Zahlungsermächtigungen (ZE) bzw. 1,4 % bei den Verpflichtungsermächtigungen (VE). Die ZE entsprechen damit 0,95 % des Bruttonationaleinkommens.

VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN GEGEN DEUTSCHLAND WEGEN DER BESTEUERUNG VON DIVIDENDENZAHLUNGEN AN AUSLÄNDISCHE UNTERNEHMEN BZW. WEGEN DISKRIMINIERENDER VORSCHRIFTEN FÜR AUSLÄNDISCHE FAMILIENSTIFTUNGEN EIN

Die Kommission hat Deutschland förmlich ersucht, die Vorschriften über die Besteuerung von Dividendenzahlungen an ausländische Unternehmen bzw. die Besteuerung ausländischer Familienstiftungen zu ändern. Dies erfolgte im Wege von mit Gründen versehenen Stellungnahmen (zweiter Schritt des Vertragsverletzungsverfahrens gemäß Art. 226 EGV).

BERÜCKSICHTIGUNG VON VERLUSTEN AUS VERMIETUNG UND VERPACHTUNG VON IM AUSLAND GELEGENEN GRUNDSTÜCKEN

Der EuGH hat am 18.07.2007 in der Rechtssache C-182/06 (Lakebrink und Peters-Lakebrink) entschieden, dass eine nationale Regelung gegen Art. 39 EGV verstößt, wonach ein EU-Bürger, der in dem Mitgliedstaat, in dem er den wesentlichen Teil seiner steuerpflichtigen Einkünfte erzielt, gebietsfremd ist, Verluste aus der Vermietung nicht selbst genutzter und in einem anderen Mitgliedstaat belegener Immobilien nicht steuerlich geltend machen kann, während ein gebietsansässiger Steuerpflichtiger die Berücksichtigung der Verluste verlangen kann.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>

VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN GEGEN DEUTSCHEN WEGEN MWST.-BEFREIUNG DER DEUTSCHEN POST AG

Die Kommission hat Deutschland förmlich ersucht, die Rechtsvorschriften über die Besteuerung der Deutschen Post AG zu ändern. Gemäß § 4 Nr. 11b) des UStG ist sie hinsichtlich ihrer unmittelbar dem Postwesen dienenden Umsätze von der Umsatzsteuer befreit. Dies ist die zweite Stufe eines Vertragsverletzungsverfahrens gemäß Art. 226 des EGV.

PARLAMENT STIMMT GEGEN DIE MINDESTSÄTZE AUF ALKOHOL

Das EP hat am 11.07.2007 gegen den Vorschlag der Kommission gestimmt, EU-weit die Mindestsätze für die Alkoholsteuer zu erhöhen. Es lehnte die Änderungen ab, denen zu Folge die Mindestsätze um 4,5 % steigen sollten und damit deutlich weniger als in der Kommission vorgeschlagen, anschließend verwarf es den gesamten Kommissionsvorschlag.

EP FORDERT, IN GUTEN ZEITEN SCHULDEN ABZUBAUEN

Das EP hat den Jahresbericht der EZB und die Situation des Euroraums im Jahr 2006 am 11. Juli 2007 bewertet. Es drängt zu mehr Vorsicht trotz der günstigen Konjunktur und fordert die Mitgliedstaaten zu mehr Investitionen, zum Schuldenabbau, zu mehr Transparenz und Öffentlichkeit innerhalb der EZB auf und verlangt einen einheitlichen Vorsitz für den Euroraum.

SCHUTZ DER FINANZIELLEN INTERESSEN DER EU

In dem von der Kommission am 09.07.2007 vorgelegten Jahresbericht der Kommission über den Schutz der finanziellen Interessen der Gemeinschaften – Betrugsbekämpfung wertet die Kommission die Zahlen zu den Unregelmäßigkeiten in den Mitgliedstaaten statistisch aus und stellt die zur Betrugsbekämpfung ergriffene Maßnahmen dar.

Insgesamt wurden 2006 12.092 Fälle von Unregelmäßigkeiten mit einem Gesamtschadensvolumen von 1,155 Mrd. € gemeldet. Die Zahl der vermuteten Betrugsfälle beläuft sich auf 22 % mit einem Gesamtvolumen von 323,32 Mio. €.

http://ec.europa.eu/anti_fraud/reports/commission/2006/de.pdf

http://ec.europa.eu/anti_fraud/reports/olaf_en.html

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

KOMMISSION GEGEN „SEKTORALE FAHRVERBOTE“ AUF DER INNTAL-AUTOBAHN

Die Europäische Kommission hat am 23.07.2007 eine förmliche Stellungnahme zu verkehrsbezogenen Maßnahmen abgegeben, die die Landesregierung Tirol zur Verbesserung der Luftqualität vorgelegt hatte. Die Kommission begrüßt die Bemühungen Österreichs, die Zielvorgaben für die Luftqualität zu erreichen, die die EU bis 2010 einhalten will und ist der Ansicht, dass mehrere der vorgeschlagenen Maßnahmen sich positiv auf die Umwelt auswirken können. Allerdings kommt sie zu dem Schluss, dass das geplante „sektorale Fahrverbot“ für den Transit von Lastkraftwagen nicht mit den Rechtsvorschriften der Gemeinschaft vereinbar ist.

GRUPPE DER EUROPÄISCHEN REGULIERUNGSBEHÖRDEN (ERGEG) MONIERT FEHLENDE TRANSPARENZ AUF DEM GASMARKT

Die Gruppe der Europäischen Regulierungsbehörden für Elektrizität und Gas fordert in ihrem am 18.07.2007 vorgelegten Bericht mehr Transparenzregeln für Europas Gasmärkte. Die seit Juli

2006 geltenden Vorschriften für den Zugang zum Gasnetz seien nicht ausreichend und würden zudem nicht in allen EU-Ländern vollständig umgesetzt und angewandt. Deshalb solle die Kommission bindende Transparenzanforderungen zu den Gasspeichern, den grenzüberschreitenden Leitungen (Interkonnektoren) und der Infrastruktur für verflüssigtes Erdgas (LNG) vorlegen. Es wird weiter kritisiert, dass wichtige Informationen (z. B. verfügbare Gaskapazität und Informationen über Gasflüsse) für Neuanbieter nicht zur Verfügung stünden. Diese Informationen sollten künftig veröffentlicht werden.

http://www.ergreg.org/portal/page/portal/ERGREG_HOME/ERGREG_DOCS/ERGREG_DOCUMENTS_NEW/GAS_FOCUS_GROUP/E07-TRA-02-03_TRA_MonitoringReport_v7.1doc.pdf

INDUSTRIEAUSSCHUSS DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS BILLIGT EU-KOORDINATOREN FÜR VORHABEN IM BEREICH DER TRANSEUROPÄISCHEN ENERGIENETZE

Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) des Europäischen Parlaments hat am 17.07.2007 die Ernennung von vier Koordinatoren für Vorhaben im Bereich der transeuropäischen Energienetze gebilligt. Diese sollen garantieren, dass Energieprojekte, die von der Europäischen Union als besonders wichtig eingestuft werden, zügig vorankommen.

EUROPÄISCHES PARLAMENT FORDERT EIN ENDE DER BEVORZUGUNG DES STRAßENVERKEHRS

In einem Bericht zur „Durchführung des ersten Eisenbahnpakets“ (Berichterstatter *Michael Cramer*, (Grüne)) stellte das Europäische Parlament am 11.07.2007 fest, dass die Maßnahmen darin weder zu einer nachhaltigen Wiederbelebung des Schienenverkehrs noch zu einer spürbaren Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene geführt habe. Einer der Gründe sei die Bevorzugung der Straße, etwa im Rahmen des Straßenbaus. Nötig sei ein fairer Wettbewerb zwischen den Verkehrsträgern, wozu etwa eine EU-weite Maut für alle Lkw ab 3,5 t beitragen könne.

KOMMISSION KONSULTIERT ZUR ÜBERARBEITETEN MITTEILUNG ÜBER STAATLICHE BEIHILFEN IN FORM VON BÜRGSCHAFTEN

Die Kommission hat am 18.07.2007 einen Arbeitsentwurf der überarbeiteten Mitteilung über staatliche Beihilfen in Form von Bürgschaften auf ihrer Internet-Seite veröffentlicht. Gleichzeitig hat sie zu einer Konsultation aufgerufen. Diese läuft bis 25.09.2007.

http://ec.europa.eu/comm/competition/state_aid/reform/reform.cfm

HIGH-LEVEL-GROUP FUER NUKLEARE SICHERHEIT UND ABFALLENTSORGUNG

Die Europäische Kommission hat am 17.07.2007 beschlossen, ein Gremium von Vertretern der Mitgliedstaaten für nukleare Sicherheit und Abfallentsorgung einzurichten. Die „High-Level-Group“ soll aktuelle Sicherheitsfragen aufgreifen, zu einer Koordination der mitgliedstaatlichen Behörden beitragen und diskutieren, ob und welche Maßnahmen auf EU-Ebene getroffen werden sollen. Die erste Sitzung soll im Oktober stattfinden (s. hierzu Beitrag des StMUGV in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1107&format=PDF&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KONSULTATION ZUR EURO VI NORM

Die Europäische Kommission hat eine Konsultation zu strengeren Emissionsgrenzwerten für Lastwagen und Busse eingeleitet (Euro VI Norm). Die Beiträge sollen in die Entwicklung eines Maßnahmenpakets zur Verringerung der Schadstoffemissionen von Lastwagen und Busse einfließen, das die Kommission Ende des Jahres vorlegen will und das hauptsächlich die Emissionen von Ozonvorläuferstoffen wie Stickstoffoxiden (NOx) und Kohlenwasserstoffen (HC) sowie von Partikeln regeln soll. Stellungnahmen sind bis 05.09.2007 möglich (s. hierzu Beitrag des StMUGV in diesem EB).

http://ec.europa.eu/enterprise/automotive/pagesbackground/pollutant_emission/heavy_duty/public_consultation/index.htm

KOMMISSION WILL REGELN FÜR UNTERNEHMEN IN DEN BEREICHEN GESELLSCHAFTSRECHT, RECHNUNGSLEGUNG UND ABSCHLUSSPRÜFUNG VEREINFACHEN

Die Europäische Kommission hat eine Mitteilung „über ein vereinfachtes Unternehmensumfeld in den Bereichen Gesellschaftsrecht, Rechnungslegung und Abschlussprüfung“ vorgelegt. Sie stellt darin tiefgreifende Einschnitte in die geltenden EU-Vorschriften zur Debatte. Nach Abschluss der Konsultation ist eine umfassende Folgeabschätzung unter Einbeziehung der abgegebenen Stellungnahmen geplant, auf deren Basis Anfang 2008 konkrete Rechtsakte vorgeschlagen werden sollen (s. hierzu Beitrag des StMJ in diesem EB).

http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2007/com2007_0394de01.pdf

PERSONALIA

Kommission besetzt stellvertretende Generaldirektorenstelle in der GD REGIO sowie zwei stellvertretende Generaldirektorenstellen in der Generaldirektion für Außenbeziehungen neu.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten

ERGEBNISSE DES AGRARRATES VOM 16. JULI 2007

Der Agrarrat am 16. Juli 2007 wurde erstmals unter dem Vorsitz des portugiesischen Agrarministers Jaime Silva durchgeführt. Dabei wurden folgende Punkte diskutiert: Weinmarktreform, gemeinsame Marktorganisation für Zucker, Flächenstilllegung, Zulassung der gentechnisch veränderten Kartoffel Amflora

KOMMISSION LEGT VORSCHLAG VOR, DIE OBLIGATORISCHEN FLÄCHENSTILLEGUNGEN AUF NULL FÜR DAS WIRTSCHAFTSJAHR 2007/2008 HERABZUSETZTEN

Kommissarin Mariann Fischer Boel schlug, u.a. auf Drängen Schwedens, Frankreichs und Deutschlands, eine Herabsetzung des obligatorischen Stilllegungssatzes für die Aussaat von Herbst 2007 und Frühling 2008 auf Null vor. Sie wird der Kommission voraussichtlich Ende August den Vorschlag vorlegen, damit die Landwirte Planungssicherheit für die bevorstehenden Aussaaten haben.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1101&type=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

GERINGERE GETREIDEERNTEN IM JAHR 2007 IN EUROPA ERWARTET

Am 24. Juli 2007 stellte die Gemeinsame Forschungsstelle (GFS) der Europäischen Kommission, ihre jährliche Vorausschätzung der Ernteerträge in Europa vor. Die Getreideernte wird im Jahr 2007 bei insgesamt 275 Mio. t liegen und damit um 1,6 % niedriger gegenüber dem 5-Jahresdurchschnitt sein. Die größten Rückgänge verzeichnen dabei Mittel- und Osteuropa.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1159&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

38,9 MIO. EUR FÜR ABSATZFÖRDERUNG VON AGRARERZEUGNISSEN

Die Europäische Kommission hat 23 Programme in 11 Mitgliedstaaten, unter anderem auch in Deutschland, zur Absatzförderung für Agrarerzeugnisse genehmigt. Mit den Fördermitteln sollen in den jeweiligen Mitgliedstaaten über landwirtschaftliche Erzeugnisse in der Union informiert und deren Absatz gefördert werden. Die Programme haben eine Laufzeit von ein bis drei Jahren und betreffen ökologische Erzeugnisse, landwirtschaftliche Qualitätserzeugnisse (g.U., g.g.A., g.t.S.), Milcherzeugnisse, Geflügelfleisch, Wein, Obst und Gemüse sowie Honig.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1045&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

GRÜNBUCH ZUM KLIMAWANDEL VON DER KOMMISSION VORGELEGT

Nach mehrmaligem Verschieben wurde am 27. Juni 2007 das EU Grünbuch zum Klimawandel veröffentlicht. Das Grünbuch skizziert die Probleme, die auf die Industriestaaten im Zuge des Klimawandels zukommen. Der Agrarsektor ist insbesondere durch Trockenheit, Dürre und den damit verbundenen Wassermangel betroffen, als auch von häufigeren Stürmen und Waldbränden. Die Kommission stellt den Erhalt und die Wiederherstellung einer multifunktionalen Landwirtschaft in den Mittelpunkt.

http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2007/com2007_0354de01.pdf

WTO-PAPIER ZU AGRARHANDEL TRIFFT AUF GETEILTES ECHO

Am Dienstag, 17 Juli 2007, wurden in Genf Vorschläge des WTO-Landwirtschaftsausschusses zur Wiederbelebung der Doha-Entwicklungsgruppe vorgelegt. Der Vorschlag trifft auf geteilte Meinungen. Die EU-Kommission befürwortet den Vorschlag weitgehend, während Brasiliens Außenminister Celso Amorim und COPA/COGECA das Papier ablehnen.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

CHANCENGLEICHHEIT: KOMMISSION LEGT MITTEILUNG ZUM LOHNGEFÄLLE ZWISCHEN MÄNNERN UND FRAUEN VOR

Die Europäische Kommission hat am 18. Juli 2007 die Mitteilung „Bekämpfung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles“ vorgelegt. Darin kritisiert sie, dass Frauen im EU-Durchschnitt 15 Prozent weniger verdienen als Männer. Zudem werden Ursachen und Möglichkeiten zur Überwindung des bestehenden Lohnunterschieds aufgezeigt. Grundlage

bildete die im vergangenen Jahr vorgelegte Studie „Das geschlechtsspezifische Lohngefälle – Ursprünge und konzeptionelle Ansätze“. Konkrete Gesetzesvorschläge stellte die Kommission für 2008 in Aussicht.

http://ec.europa.eu/employment_social/news/2007/jul/genderpaygap_en.pdf

ARBEITNEHMERENTSENDUNG: EUGH BESTÄTIGT IN WEITEN TEILEN BESTEHENDE PRAXIS IN DEUTSCHLAND

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat in dem Urteil in der Rechtssache C-490/04 am 18. Juli 2007 die Vertragsverletzungsklage der Kommission gegen Deutschland wegen des Arbeitnehmerentendegesetzes (AEntG) in zwei von drei Punkten abgewiesen. Damit bestätigten die Richter in weiten Teilen die deutsche Praxis im Umgang mit entsandten Arbeitnehmern. Nicht zu beanstanden sei nach Auffassung der Richter insbesondere die von der Kommission kritisierte Verpflichtung zur Bereithaltung bestimmter Unterlagen in deutscher Sprache auf der Baustelle (§ 2 Abs. 3 AEntG).

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi->

[bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-490/04&datefs=&datefe=&nomusuel=&domaine=&mots=&resmax=100](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-490/04&datefs=&datefe=&nomusuel=&domaine=&mots=&resmax=100)

FAMILIENPOLITIK: WEBPORTAL MIT LINKS UND INFORMATIONEN ALS BEITRAG ZUR „EUROPÄISCHEN ALLIANZ FÜR FAMILIEN“

Als Beitrag zur Umsetzung der vom Europäischen Rat im Frühjahr 2007 beschlossenen „Europäischen Allianz für Familien“ steht ein Internetportal zur Verfügung. Das Portal beinhaltet Links und Informationen über die Familienpolitik in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten. Neben dem fachlichen Austausch zwischen Vertretern von Politik, Wissenschaft und Nichtregierungsorganisationen soll das Angebot praktische Tipps für Familien in der Europäischen Union zur Verfügung stellen, zum Beispiel bei einem Umzug innerhalb der EU.

http://europaeische-allianz-fuer-familien.de/index_de.html

POLITIK FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG: UNTERSCHRIFTENAKTION FÜR UMFASSENDE GESETZGEBUNG GEGEN DISKRIMINIERUNG

Mit Bezug auf den Entwurf des EU-Grundlagenvertrags, demzufolge die EU ab einer Million Bürgerstimmen zum Handeln verpflichtet ist, hat das Europäische Behindertenforum (EBF) eine Unterschriftenaktion angestoßen. Unter dem Motto der Kampagne – „1 Million 4 disability“ – will der Dachverband der europäischen und nationalen Behindertenorganisationen in den 27 EU-

Mitgliedstaaten sowie Norwegen und Island mindestens eine Million Unterschriften gegen Diskriminierung von Menschen mit Behinderung sammeln. Mit einer offiziellen Überreichung der Unterschriften an die Präsidenten der Europäischen Kommission sowie des Europäischen Parlaments soll die Aktion am 4. Oktober 2007 abgeschlossen werden.

<http://www.1million4disability.eu>

EUROSTAT: ARBEITSLOSENQUOTE IN DER EUROPÄISCHEN UNION AUF SIEBEN PROZENT GESUNKEN

Die Arbeitslosenquote in der Europäischen Union ist nach Informationen der EU-Statistikbehörde Eurostat im Mai 2007 saisonbereinigt auf sieben Prozent gesunken. Im Mai 2006 betrug sie 8,0 Prozent. 22 Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, verzeichneten in diesem Zeitraum einen Rückgang ihrer Arbeitslosenquote. In Deutschland lag der Wert im Mai 2007 bei 6,6 Prozent, womit die Bundesrepublik im EU-weiten Vergleich den 16. Platz einnimmt. Gleichzeitig nahm der Anteil der Menschen in der EU zu, die erwerbstätig sind. Die Erwerbstätigenquote in der EU stieg im vergangenen Jahr auf 64,4 Prozent. Mit 67,5 Prozent liegt Deutschland damit über dem EU-Durchschnitt.

<http://ec.europa/eurostat>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

BILDUNG: KOMMISSION ERÖFFNET INTERNET-KONSULTATION DER EUROPÄISCHEN ÖFFENTLICHKEIT ZUR SCHULISCHEN BILDUNG

Die Europäische Kommission hat eine Internet-Konsultation der interessierten europäischen Öffentlichkeit zum Thema „Schulen für das 21. Jahrhundert“ mit Einreichfrist 15.10.2007 eröffnet.

KOMMISSION ZIEHT ENTWURF FÜR EINE EMPFEHLUNG ZUR QUALITÄT DER LEHRERBILDUNG ZURÜCK

Die Europäische Kommission hat den für 10.07.2007 in Aussicht gestellten Empfehlungsentwurf zur Qualität der Lehrerbildung erneut zurückgezogen. Gegenwärtig ist nicht abzusehen, ob der kommissionsinterne Dissens hinsichtlich einiger Aspekte des Empfehlungsentwurfs zu einer endgültigen Rücknahme der Initiative führen wird.

SPORT: KOMMISSION FORDERT EINSTIEG IN EINE STRUKTURIERTE EU-SPORTKOOPERATION

Die Europäische Kommission hat sich im Rahmen der Vorlage ihres Weißbuchs zum Sport für die Schaffung einer strukturierten EU-Sportkooperation ausgesprochen, deren Grundlage der sog. ‚Aktionsplan Pierre de Coubertin‘ darstellen soll, der u. a. eine regelmäßige Berichterstattung über erzielte Erfolge bei der Umsetzung des Aktionsplans sowie regelmäßige Treffen der Sportminister der EU-Mitgliedstaaten vorsieht.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

FORSCHUNG: ERGEBNISSE DER SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR INDUSTRIE, TECHNOLOGIE, FORSCHUNG UND ENERGIE (ITRE) DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS AM 17.07.2007

Den Mitgliedern des ITRE-Ausschusses des EP wurde in der Sitzung am 17.07.2007 zum Thema „Synergien zwischen dem Siebten Forschungsrahmenprogramm (7. FRP – 2007—2013), dem Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) und den Strukturfondsprogrammen (SF)“ eine gleichnamige Studie vorgestellt. Referent war Mitautor *Alasdair Reid* von der Technopolies Group (Belgien), einem Netzwerk für Europäische Politikberatung.

ETHIK-GRUPPE LEGT GRUNDSÄTZE FÜR FÖRDERUNG DER EMBRYONALEN STAMMZELLFORSCHUNG FEST

Die Europäische Gruppe für Ethik der Naturwissenschaften und der Neuen Technologien (EGE) hat Kommissionspräsident *Barroso* am 12.07.2007 ihre Stellungnahme zu den Grundsätzen zur ethischen Bewertung von EU-Forschungsprojekten, bei denen humane embryonale Stammzellen verwendet und mit EU-Mitteln finanziert werden sollen, vorgelegt.

KULTUR / BILDUNG: ERGEBNISSE DER SITZUNG DES AUSSCHUSSES FÜR KULTUR UND BILDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS AM 16.07.2007

In der Sitzung des EP-Ausschusses für Kultur und Bildung am 16.07.2007 erläuterten der für Hochschulbildung zuständige portugiesische Minister *Mariano Gago* und die für Kultur zuständige Ministerin *Pires de Lima* das Programm der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft in diesen beiden Bereichen (s. a. EB 1307 vom 13.07.2007). In einem weiteren TOP der Ausschusssitzung

wurde über den Initiativbericht zu „i2010: Auf dem Weg zu einer Europäischen Digitalen Bibliothek“ von MdEP *Marie-Hélène Descamps* (EVP-D) abgestimmt. Zur KOM-Mitteilung über eine europäische Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung vom 10.05.2007 [KOM (2007) 242 endg.], fand ein erster Gedankenaustausch statt.

BILDUNG: KOMMISSION NIMMT VORSCHLAG FÜR DAS PROGRAMM ERASMUS-MUNDUS II AN

Die Kommission hat am 12.07.2007 einen Vorschlag für das künftige Erasmus Mundus Programm (Erasmus Mundus II) für den Zeitraum 2009-2013 angenommen. Das derzeitige Erasmus Mundus Programm läuft von 2004–2008 und soll weltweit zur Verbesserung des Dialogs zwischen den Kulturen und zu einer besseren Vermittlung europäischer Kulturen und Werte beitragen, die Verflechtung zwischen Hochschulen aus Europa und Drittländern unterstützen und zudem die Entwicklung von Drittstaaten im Bereich der Hochschulbildung fördern. Europa soll so zum attraktivsten Studienziel für international mobile Studenten und Forscher aufsteigen.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

PLENUM DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VOM 09. - 12.07.2007 IN STRASSBURG; ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMUGV

Das Plenum des Europäischen Parlaments bestätigte auf seiner Tagung vom 09. bis 12.07.2007 in Straßburg das Verbot quecksilberhaltiger Messinstrumente und verabschiedete neue Regelungen zu Lebensmittelzusatzstoffen, -enzymen und -aromen. Das Aktionsprogramm Gesundheit soll 365,6 Mio. € umfassen. Die Prävention von Herz-Kreislauf-Erkrankungen soll weiter vorangetrieben werden. Des Weiteren sollen zukünftig Strom sparende Bürogeräte gekennzeichnet und die Preistransparenz bei Flugtickets gesteigert werden.

<http://www.europarl.eu/activities/expert/ta.do?language=DE>

MITTEILUNG DER EU-KOMMISSION ÜBER WASSERKNAPPHEIT UND DÜRRE

Die EU-Kommission hat am 18.07.2007 eine Mitteilung über Wasserknappheit und Dürre in Europa veröffentlicht mit dem Ziel, Wasserressourcen in Europa effizienter und sparsamer zu nutzen. Mit der Strategie, die Maßnahmenvorschläge wie eine verbrauchsorientierte Preispolitik, Einbeziehung der Wassersituation bei Entscheidungen über die Ausweitung von Tourismus,

Landwirtschaft und die Förderung Wasser sparender Wasserhähne enthält, soll eine politische Diskussion angeregt werden. Dürre und Wasserknappheit soll im Zusammenhang mit dem Klimawandel auch ein Schwerpunktthema der portugiesischen Ratspräsidentschaft sein. Konkrete Gesetzgebungsvorschläge sind zunächst nicht geplant.

http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2007/com2007_0414de01.pdf

KONSULTATION ZUR EURO VI NORM

Die Europäische Kommission hat eine Konsultation zu strengeren Emissionsgrenzwerten für Lastwagen und Busse eingeleitet (Euro VI Norm). Die Beiträge sollen in die Entwicklung eines Maßnahmenpakets zur Verringerung der Schadstoffemissionen von Lastwagen und Busse einfließen, das die Kommission Ende des Jahres vorlegen will und das hauptsächlich die Emissionen von Ozonvorläuferstoffen wie Stickstoffoxiden (NOx) und Kohlenwasserstoffen (HC) sowie von Partikeln regeln soll. Stellungnahmen sind bis 05.09.2007 möglich.

http://ec.europa.eu/enterprise/automotive/pagesbackground/pollutant_emission/heavy_duty/public_consultation/index.htm

HIGH-LEVEL-GROUP FÜR NUKLEARE SICHERHEIT UND ABFALLENTSORGUNG

Die Europäische Kommission hat am 17.07.2007 beschlossen, ein Gremium von Vertretern der Mitgliedstaaten für nukleare Sicherheit und Abfallentsorgung einzurichten. Die „High-Level-Group“ soll aktuelle Sicherheitsfragen aufgreifen, zu einer Koordination der mitgliedstaatlichen Behörden beitragen und diskutieren, ob und welche Maßnahmen auf EU-Ebene getroffen werden sollen. Die erste Sitzung soll im Oktober stattfinden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1107&format=PDF&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

PRÄVENTIONSMASSNAHMEN ZU GESUNDHEITSSCHÄDEN DURCH SONNENEINSTRALUNG

Die Europäische Kommission hat am 09.07.2007 Maßnahmen auf europäischer Ebene zur Vorbeugung von Gesundheitsschäden, insbesondere Krebserkrankungen, durch Sonneneinstrahlung vorgestellt. Die Kampagne umfasst die Vorstellung eines bereits im letzten Jahr mit der Industrie vereinbarten Labelling-Systems für Sonnenschutzmittel und eine Informationskampagne für die Öffentlichkeit.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1036&format=PDF&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

VORSCHLAG FÜR KONTROLLMASSNAHMEN UND SANKTIONEN ZUR SYNTHETISCHEN DROGE 1-BENZYLPIPERAZIN (BZP)

Die Europäische Kommission hat am 17.07.2007 beschlossen, den Rat aufzufordern, für die synthetische Droge 1-Benzylpiperazin (BZP) Drogenkontrollmaßnahmen und strafrechtliche Sanktionen einzuführen. Zwar sind die Langzeitwirkungen des Stoffes noch unbekannt, die Einnahme des psychoaktiven Stoffes - derzeit genutzt als "Freizeitdroge" - kann aber zu akuten gesundheitlichen Problemen wie Herzjagen, Übelkeit und Verwirrtheit führen.

http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2007/com2007_0430de01.pdf

ETHIK-GRUPPE LEGT GRUNDSÄTZE FÜR DIE FÖRDERUNG DER EMBRYONALEN STAMMZELLFORSCHUNG FEST

Die Europäische Gruppe für Ethik der Naturwissenschaften und der Neuen Technologien (EGE) hat Kommissionspräsident *Barroso* am 12.07.2007 ihre Stellungnahme zu den Grundsätzen zur ethischen Bewertung von EU-Forschungsprojekten, bei denen humane embryonale Stammzellen verwendet werden und mit EU-Mitteln finanziert werden, vorgelegt (s. hierzu Beitrag des StMWFK in diesem